



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der AK Wien

## Antrag Nr. 6

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
an die 173. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 12. November 2019

### NEIN ZUM EU-MERCOSUR HANDELSABKOMMEN

Die EU-Kommission hat sich Ende Juni mit den MERCOSUR-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) auf ihr bisher wichtigstes Handelsabkommen politisch geeinigt. Es soll damit die weltweit größte Handelszone geschaffen werden. Das Abkommen wird weit über ein klassisches Zollsenkungsabkommen hinausgehen. Es umfasst die Liberalisierung von Dienstleistungen, öffentliche Auftragsvergabe, Subventionen, geistige Eigentumsrechte, Fragen zur Lebensmittelsicherheit, technischen Regulierungen und Standards sowie Zugang zu Rohstoffen. Ein Kapitel über den Investitionsschutz ist nicht enthalten.

**Die EU-Kommission hat bisher keine „Nachhaltigkeitswirkungsprüfung“ (Sustainability Impact Assessment) vorgelegt**, sodass auch ihr nicht klar ist, wie sich das Abkommen auf die Volkswirtschaften (insbesondere Branchen, Beschäftigung), Umwelt, Menschen- und VerbraucherInnen in der EU und den Partnerländern auswirken wird.

**Das Abkommen würde aber jedenfalls die Umwelterstörung va in Brasilien verschärfen, um die Exporte nach Europa zu steigern.** Die brasilianische Regierung unter Präsident Bolsonaro ermöglicht mit dem Abkommen vor allem den mächtigen Vieh- und Sojakonzernen Exporte nach Europa, die die Vernichtung des weltweit größten Regenwaldes beschleunigen, der aufgrund seiner wichtigen Rolle für das Klima auch als „grüne Lunge der Erde“ gilt. Im brasilianischen Amazonasgebiet legte die Abholzung ua durch Brandrodungen im Jänner 2019 im Vergleich zum Jänner 2018 um 54% zu. Und allein in diesem Jahr wurden dort bereits über 75.000 Brände registriert.

**Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) zählte Brasilien erstmals zu den zehn Ländern mit den weltweit schlimmsten Bedingungen für erwerbstätige Menschen.** In Schlachthöfen und Zulieferbetrieben für die großen Fleischverarbeiter, in der Zuckerindustrie und in der Landwirtschaft werden sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse beobachtet, Arbeits- und Umweltschutz werden systematisch ignoriert und die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen anhaltend geschädigt. Der IGB kritisiert weiters, dass unter der aktuellen brasilianischen Regierung das Kollektivvertragsrecht untergraben, zahlreiche Streiks und Proteste gewaltsam unterdrückt sowie führende GewerkschaftsvertreterInnen bedroht wurden.

**Der extreme Einsatz von Pestiziden und Wachstumsförderern in der Land- und Viehwirtschaft in Argentinien und Brasilien** tragen nicht nur zu einem unfairen Preis- und Standardwettbewerb nach unten bei, sondern gefährden sowohl die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen als auch die Gesundheit der KonsumentInnen. Das Unterlaufen wichtiger Schutzstandards in der Land- und Lebensmittelwirtschaft verschlechtert die ohnehin mangelhafte Situation bei Hygiene und Qualität in Produktion und Verarbeitung in diesen Ländern und stellt eine Gefahr für die Lebensmittelsicherheit



Sozialdemokratische  
Gewerkschafterinnen  
in der AK Wien

dar. Sollte es zum Abschluss des Abkommens kommen, könnte ein Viertel aller EU-Lebensmittelimporte bis 2025 aus dem MERCOSUR stammen.

**Die AK setzt sich konsequent für eine faire Globalisierungspolitik ein. Diese darf niemals auf Kosten von wichtigen öffentlichen Interessen wie Arbeitnehmerrechten und Klima- bzw Umweltschutz erfolgen.** Die Einhaltung von fundamentalen Menschen- und Gewerkschaftsrechten, strenge Maßnahmen zur Beendigung weiterer Entwaldung und konkrete Verpflichtungen zur Umsetzung des Pariser Abkommens müssen Vorrang vor einseitigen Unternehmensinteressen haben.

**Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien lehnt das geplante Handelsabkommen zwischen EU und MERCOSUR ab, da es diese Anforderungen derzeit nicht erfüllt. Die Vollversammlung fordert daher die österreichische Bundesregierung und ihre Mitglieder, insbesondere im Rahmen ihrer Tätigkeit im Rat der Europäischen Union, sowie die Abgeordneten des österreichischen und des Europäischen Parlaments dazu auf, das EU-MERCOSUR Abkommen unmissverständlich abzulehnen.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig